APO - PRESS

HAMBURGER INFORMATIONSDIENST

Herausgeber: SDS Hamburg. Verantwortl.: M. Deter. Redaktion und Verlag: Hmbg. 4, Annenstr. 32, Tel.: 31 28 65. Erscheinungsweise: Montags vierzehntägig. Abonnement: Bei Zustellung per Post halbjährl. DM 8.- Postscheckkonto: Hmbg. M. Deter 229332

MONTAG, den 5.5.69 NR. 8 EINZELPREIS: DM 0.50

Aus dem Inhalt :

PORTUGAL UND SEINE ÜBERSEEPROVINZ ANGOLA.

Die Kolonien nehmen für das Mutterland die Stelle des Rohstofflieferanten ein. Genauer betrachtet erkennt man, daß die gelieferten Rohstoffe vom Mutterland nicht bezahlt werden. (Das an den Rohstoffen verdiente Geld wird nicht in den Kolonien, sondern im Mutterland investiert.) Dadurch schließt sich eine Kapitalvermehrung und die Bildung einer selbstständigen Wirtschaft in den Kolonien aus. Sie werden, mit anderen Worten, ausgebeutet.
An der Ausbeutung der portugiesischen Kolonien ist auch das westdeutsche Kapital beteiligt, da Portugal nicht in der Lage ist, die Mittel für den Ausbau des Verkehrsnetzes und der Energieversorgung und die Investitionen für die Verarbeitung der Rohstoffe selbst aufzubringen. Es nutzt den Verkauf von Abbaugenehmigungen aus, um Devisen für den Aufbau der Wirtschaft im Mutterland zu bekommen, denn Portugal, das selbst noch unterentwickeltes Land ist, braucht das Kapital.
Seit 1961 lehnt sich ein Teil der Bevölkerung gegen diese Ausbeutung, die sie daran hindert, eine eigene Wirtschaft aufzubauen und gegen die Unterdrückung durch die Kolonialregierung, auf. Portugal ist entschlossen, die Kolonien mit Gewalt zu halten. Die BRD, die nicht nur wirtschaftlich in den Kolonien engagiert ist, (Kaffeeplantagen und Export, Bauwesen und Eisenerzabbau) ist besonders mit den USA auch militärpolitisch interessiert. In der langfristigen militärischen Strategie der Verteidigung

Europas wird Afrika als Südostflanke des EWG-Natoblocks gesehen, Portugal selbst, die Azoren, die portugiesischen Kolonien und das rassische Südafrika und Rhodesien fungieren als Stützpunkte des atlantischen Blocks. Der sich ausbreitende Befreiungskampf in Guinea, in Angola und Mozambique veranlaßt darum die BRD und die USA zur militärischen Unterstützung des schwachen, reaktionären portugiesischen Regimes. Der alten Form der portugiesischen, kolonialen Ausbeutung überlagert sich so eine in der Form neue Absicherung kolonialer Interessen durch Wirtschaftsverträge zwischen den industrialisierten Interessen der BRD, und USA und dem unterentwickelten Portugal.

Angola, portugiesische Überseeprovinz, mehr als fünfmal so groß wie die BRD, mit 5 Millionen recht dünn besiedelt (350 000 davon sind europäische Siedler), gilt als eines der reichsten Länder Afrikas. Praktisch alles für eine autarke Wirtschaft steht ihm zur Verfügung. Die Landwirtschaft exportiert zur Ernährung des "Mutterlandes". Wichtiges Exportgut ist Kaffee. (Angola ist der viertgrößte Kaffeeproduzent der Welt). Der kühle Benguel-Strom macht die angolenische Küste zu einer der fischreichsten Afrikas. Von den vielfältigen Bodenschätzen ist bisher nur ein geringer Teil wirtschaftlich erschlossen. Vor allem werden heute Diamanten, Erdöl und Eisenerz exportiert. Angola ist der viertgrößte Erdölproduzent in Afrika südlich der Sahara (nach Nigeria), seine Eisenerzvorkommen zählen zu den wichtigsten überhaupt (63% Eisengehalt, Förderung im Tagebau). Kaum erschlossen, aber bereits ins Interesse der Monopole gerückt, sind Gold, Uran, Thalium (wichtig für Raketenbau) und Bauxit (demnächst soll eine Raketenfabrik entstehen).
Das Jahr 1961 hat für Angola eine große Bedeutung, da in diesem Jahr ein Aufstand die Kolonialherrschaft erschütterte. Die Anlässe für diesen Aufstand sind in der vernachlässigten Sozialpolitik (Ausbeutungspolitik) zu suchen. So wurde in den 500 Jahren portugiesischer Herrschaft kein nennenswerter Versuch unternommen, die Lage der Bevölkerung zu verbessern, das heißt, sie wurde nur noch als billige Arbeitskraft (Arbeitssklave) angesehen. Um hier noch einmal zu sagen, was die Kolonialisten unter billiger Arbeitskraft verstehen, muß erwähnt werden, daß Ende des 19. Jahrhunderts ein Zwangsarbeitssystem eingeführt wurde, das im Vergleich zur Sklaverei des 18. Jahrhunderts noch schlecht abschneidet.
Aus der oben erwähnten Revolte ergab sich, nachdem diese gescheitert war, daß sich eine Gruppe entschloß, das Joch der Portugiesen durch einen revolutionären Volkskrieg abzuschütteln. Die Gruppe nennt sich MPLA (sie bestand schon vor dem Aufstand, versuchte aber, die portugiesische Regierung durch moralischen Druck zum Verhandlungstisch zu zwingen, z.B. durch Einschaltung der UNO.) Der revolutionäre Volkskrieg hat zur Folge, daß die Portugiesen Angola nur noch unter größtem Aufgebot von Menschen und Material besetzen können. Abschließend sollte man noch kurz auf einige Berichte der MPLA eingehen, da sie verdeutlichen, in welchem Stadium sich der Befreiungskampf befindet. In den Monaten August September und Oktober des Jahres 1968 war es möglich, 500 Angolesen aus den "strategischen Dörfern" (getarnte Stützpunkte der portugiesischen Armee) zu befreien. 32 Stück Vieh und eine Menge Ausrüstungsmaterial (Waffen, Munition, Uniformen usw.) zuerbeuten.
Es wurden weiter ein Dutzend Fahrzeuge Unimog (hergestellt und geliefert von der BRD), ein Hubschrauber, einige Brücken und Militärposten zerstört. Um die Aufzählung zu vervollständigen, muß erwähnt werden, daß 200 portugiesische Soldaten (darunter ein Hauptmann, ein Bezirksleiter und ein hoher Offizier der Geheimpolizei) ihr Leben in den letzten 3 Monaten verloren. Es ist anzunehmen, daß ein großer Teil der Bevölkerung mit der MPLA sympatisiert, da es sonst nicht möglich gewesen wäre, diese großen Erfolge zu erzielen.

Die Beteiligung der Bundesrepublik an der Agression Portugals in Angola, Mozambique und Portugiesisch Guinea:-
Seit 1961 wird in den portugiesischen Kolonien ein revolutionärer Befreiungskampf geführt. Die Härte des Kampfes bedroht den imperialistischen Apparat in seinen wichtigsten Basen

im Süden Afrikas. Aufgrund der sozial-ökonomischen Rückständigkeit der portugiesischen Wirtschaft, war Portugal nicht fähig, Kapital zur Ausbeutung der kolonialen Rohstoffe und Schaffung von Absatzmärkten bereitzustellen. Ausländische Investitionen wurden lange Zeit von den Portugiesen behindert. 1961 sah sich das Salazar-Regime genötigt, ausländisches Kapital in seinen Kolonien zuzulassen. In erster Linie machten die USA und die BRD davon Gebrauch. Dadurch hatten sie direkten Zugang zu den Kolonien und ihren Reichtümern und zugleich einen strategischen Stützpunkt für ihre konterrevolutionären Taten.
Die BRD gewährte Portugal sofort nach dem Aufstand in Angola einen langfristigen und billigen Kredit von 150 Mio. DM.
Die USA beuten Erdölquellen und Diamanten in Angola aus. Der Gewinn durch die Erdölausbeutung betrug 1962 für die USA 1Mio. t. Erdöl.
Aus der BRD faßte als erster Konzern Krupp festen Fuß in Angola. Die Firma Krupp investierte zusammen mit dem Bund 1Mrd. DM. in verschiedene Unternehmen dieser Kolonie. Man gründete ein internationales Konsortium, dem auch Frankreich und Belgien angehören, das sich mit der Erschließung eines reichhaltigen Eisenerzlagers beschäftigte. Krupp lieferte die Grubenausrüstungen sowie die Lokomotiven, Schienenmaterial und Verladeeinrichtungen. Er bezieht dafür, aufgrund eines Vertrages, das geförderte Erz für seine Stahlwerke in Bochum. Die Expansion in Angola betreibt Krupp über seine Filiale in der Südafrikanischen Republik, die Krupp Südafrika Ltd.
Im Südangolischen Hochland lebt der größte Teil der 1100 deutschen Großgrundbesitzer. Der Kaffeebaron unter ihnen ist der Plantagenbesitzer Kai von Ahrlefeld, mit der größten Plantage in Angola von 11000 ha. Er ist gleichzeitig der Mann des Kruppkonzerns in Angola.
Auch das Hamburger Exportunternehmen U. J. Jessen & Co. beteiligt sich an der Ausbeutung der Kolonie. Es beherrscht den Wohnungsbau in Luanda sowie Sisalpflanzungen und Manganerzlager bei Dondo.
Sie und zahlreiche andere westdeutsche Konzerne sehen ihre Kolonialprofite in Gefahr, wenn die angolanische Befreiungsarmee siegt. Aus diesem Grunde unterstützen sie das Salazar-Regime mit militärischen Mitteln. Als Kriegsminister Franz Joseph Strauß Portugal besuchte, inspizierte er nicht nur Kasernen, verhandelte er nicht nur über Stützpunkte, sondern er beschloß, wie im Fall Israel, mit Portugal ein Geheimabkommen über Lieferungen von Waffen und Ausrüstung für die portugiesische Kolonialarmee.
Im Juni 1961 wurde von der Befreiungsfront Angolas nachgewiesen, daß die Bundesregierung 100.000 Maschinenpistolen nach Angola geliefert hat. Seltsamerweise kamen diese aus Israel. Im Februar 1962 wurden für den Kolonialkrieg 16 MG bestückte Jagdbomber vom Typ 27 aus den Dornier Werken (Friedrichshafen) geliefert. Von der Befreiungsbewegung den UN Behörden zur Verfügung gestellte Bombensplitter wiesen nach, daß auch die eingesetzten Bomben aus der BRD stammen müßen.
Anfang 1965 verkaufte die Bundesregierung erneut 60 Kampfflugzeuge vom Typ F 86, die sie zuvor in Kanada erworben hatte, an Portugal. Da die Flugzeuge für den Einsatz in Angola bestimmt waren, erhob die Regierung Kanadas, unter Hinweis auf die Resolution der UNO, Einspruch gegen den Verkauf. Die BRD rechtfertigte sich damit, daß Kanada, Portugal und die BRD doch Mitglieder der Nato seien.
Auch Offiziere der Bundeswehr dienen als Ausbilder der portugiesischen Kolonialtruppen. Seit Januar 1969 werden auf der Hamburger Werft Blohm & Voss 3 Fregatten für die portugiesische Marine gebaut. Die Fregatten werden mit Lenkwaffen vom Typ Tartar ausgerüstet. Außerdem werden bei Blohm & Voss noch Ausrüstungsgegenstände für Kriegsschiffe der portugiesischen Marine gefertigt. Diese Tatsachen beweisen, daß die herrschenden Kreise der BRD aus privatwirtschaftlichen Interessen offensichtlich den Willen der afrikanischen Völker, die Proteste der gesamten fortschrittlichen Menschheit und die Beschlüsse der UNO ignoriert und die Kolonialherrschaft des Salazar Regimes verteidigen. Sie sind die Hauptverbündeten und die Hauptstützen dieses verbrecherischen Regimes!

WERFTINDUSTRIE: Entscheidung über den Bau von zwölf U-Booten fällt im Mai.

Für den Bau der neuen U-Boote (Nr. 13 - 24) der Bundesmarine vom Typ 206 hat die norddeutsche Werftindustrie an das "Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung" in Koblenz fünf Angebote abgegeben. Drei Alleinangebote stammen von Blohm & Voss, Howaldtswerke-Deutsche Werft und Rheinstahl Nordseewerke. Daneben gibt es noch zwei gemeinsame Offerten: eines mit den Rheinstahl-Nordseewerken als Generalunternehmer und den Howaldtswerken auf Subauftragnehmer, und ein zweites in umgekehrter Reihenfolge; Blohm & Voss ist also Einzelgänger.
Für das Produktionsangebot, das 65 Millionen einbringt, mußten die Anbieter über das übliche Verfahren hinaus Vorschläge für ein "System-Management U-Boot 206" vorlegen. Dafür hat Blohm & Voss folgendes Angebot gemacht:
Ein Top-Management soll von den Konzernmanagern van Riet, Korff und Backen gebildet werden; daneben soll ein Generalsekretariat eingerichtet werden (Leitung: Dipl. Ing. Henner Meckel, Sohn des Kapitän zur See a. D. H. Meckel), und schließlich ist ein Objekt-Management vorgesehen, das die Komponentenfirmen Siemens, Thyssen-Röhrenwerke und das Ingenieur-Kontor Lübeck bilden sollen.
Im Augenblick sollen noch alle Anbieter im Rennen sein, von den Werften soll der Funktionsnachweis für den U-Boot-Bau erbracht worden sein. Siegen dürfte der Anbieter, der den kürzesten Ablieferungstermin garantieren kann.

SDS-ARBEITSKONFERENZ IN FRANKFURT/ BEREICH PUBLIKATIONEN.

Zusätzlich zu den angekündigten Arbeitskreisen fand ein Treffen der anwesenden Vertreter linker Publikationsorgane statt.
Es zeigte sich, daß entsprechend dem Ausmass dezentralisierter Arbeit in den Gruppen die Infos verschiedene Funktionen erfüllen. In den kleineren Gruppen haben sie mehr theoretische oder agitatorische Aufgaben, in den größeren stellen sie die verlorengegangene Verbindung der Projekt- und Basisgruppen untereinander wieder her. Der Einfluß der politisch arbeitenden Gruppen auf den Inhalt ist dabei in einigen, insbesondere AStA-Publikationen, noch nicht immer ausreichend gewährleistet.
Die Diskussion ergab, daß im Hinblick auf den vorschreitenden Prozeß der Dezentralisierung politisch arbeitender Gruppen, sowohl regionalen als auch überregionalen Infos in erster Linie eine Kommunikationsfunktion erfüllen müßen. Die arbeitenden Gruppen müßten die Infos als ein Forum begreifen, in dem ihre speziellen Schwierigkeiten, Ergebnisse, strategischen Ansätze etc. publiziert werden und damit der kollektiven politischen Diskussion wieder zugänglich gemacht werden. Bei einer verbindlichen Diskussion kommt den Infos dann eine wichtige organisatorische Funktion zu.
Die überregionale Information vollzog sich bislang über die bürgerliche presse, und nur in Ansätzen in dem Bundesvorstands-Info. Ein Ausbau dieses Ansatzes müßte in der Art der regionalen Infos erfolgen, derart, daß die regionalen Infos den BV ständig mit Material versorgen, welches der BV natürlich nach strategischen oder beispielhaften Gesichts - punkten zusammenfasssen kann. Gleichzeitig müßten die örtlichen Infos den zu intesi - vierenden Vertrieb übernehmen.

Wegen der BV-Neuwahl und der sich zumeist erst konstituierenden Infos wurden noch keine verbindlichen Beschlüsse gefaßt, was auf einem speziellen Seminar nachgeholt werden soll.

SDS - BV - INFO

Das demnächst erscheinende SDS-Info, mit den Papieren der Frankfurter Arbeitskonferenz, wird wegen der finanziellen Probleme den Genossen nicht mehr zugeschickt, sondern ist im "Spartakus" zu bekommen.

AUFSTELLUNG LINKER "INFOS"

Stuttgart : REBELL - nach dem ROTER MORGEN das zweite marx.-leninistische Agitationsmodell,
bezieht nach eigenen Vorstellungen den gesamten süddeutschen Raum mit ein; über Wotan Brass 74 Tübingen, Hafengassse 1

Tübingen : ROTE NOTIZEN, früher NOTIZEN
Holger Klotzbach 74 Tübingen, Clinicumsgasse 6

Erlangen : ROTER INFO (mit redaktionellem Polit-Kommité)
Gerd Schnepel, 852 Erlangen, Hindenburgstr. 17

Nürnberg : Dort wird demnächst eine APO-PRESS erscheinen ; Rote Schülerpresse und PENG über die Erlanger Adresse zu erhalten.

Freiburg : FRID (Freiburger Informationsdienst),
78 Freiburg, Sedanstr. 10 c/o Horlecke

Heidelberg: ROTE KOMMENTARE (einzelne Basisgruppen geben unperiodisch Blätter heraus) - alles zu beziehen über AStA, Grabengasse

Frankfurt : DISKUS - Impressum : Frankfurter Studentenzeitung
6 Frankfurt/M! , Studentenhaus, Jügelstr. 26/28 I
KOOP - Kooperative , Antiautoritäre Wochenzeitung der befreiten Gebiete, Hrsg. Projektgruppe Information und Kommunikation
6 F. Grüneburgstr. 135

Berlin : ROTE GARDE marx.-leininist. Jugendorganisation ,hrsg. vom Redaktionskollektiv der ROTEN GARDE Berlin (Schüler und Lehrlingszentrum)
1 Berlin 31, Kurfürstendamm 153
ANRISSE , Redaktion : 1 Berlin , Straße des 17. Juni 135

Kiel : INFO KIEL , G. Thewes, Wilhelminenstr. 28

TERMINE

GERICHT

Di 6.5. 14.00 Strafjustizgeb. R.377b, II gegen Hans Rondi, Landesgesch. führer der DFU

wegen Verstoßes gegen das Hmbg. Pressegesetz, d.h. wegen angeblich von ihm versandter KPD-Programmentwurf
Verfasser und Verteiler des Programmentwurfs sind nach dem Strafrechtsänderungsgesetz sämtlich außer Verfolgung gesetzt worden. Um Rondi dennoch verurteilen zu können, wirft man ihm Verstoß gegen das Pressegesetz vor.

Berichtigung zum Oehrens - Prozeß am 25.4. :

er fand vor dem OVG, statt, nicht vor dem OLG. Tatsächlich war dem Kläger zur zeit des früheren Redaktionsschlusses auf grund der Mitteilungen der Innenbehörde bekannt, die als Beweismaterial angeführten Filme seien vernichtet. Kurz vor dem Termin stellte sich heraus, die Filme seien bei der Staatsanwaltschaft sichergestellt worden. Es kam vorerst nicht zur Vorführung, da der Senat des OVG einen Vergleich vorschlug, nach welchem die Hansestadt alle Kosten trägt, selbst für die Bemühungen des Anwaltes von Oehrens, ihn nach seiner Festnahme vom 3.6.67 freizubekommen. Außerdem räumt die Behörde ein, daß "möglicherweise" die Festnahme "vermeidbar" war. Der Vergleich wurde von Oehrens akzeptiert, die Beklagte hat Frist zum Widerruf bis 9.5.69.

FORTSETZUNG : JUSTIZ

Das Urteil gegen Wolfgang Gehrcke, der anläßlich der Springer Demonstrationen zu 5 Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt wurde, ist vom Landgericht Hamburg in der Berufungsinstanz bestätigt worden.

ZUM 1. MAI : Fabio Massalai ist als einziger der am 1. Mai festgenommenen Demonstranten noch nicht freigelassen worden. Nach einem Verhör durch Vogt, Dohse und Raher sitzt er jetzt in U-Haft. Man will ihn vermutlich ausweisen.

ARBEITSKREIS STADT UND "WEISSE KREISE" IM RC

Vorbemerkung: Der erste Abschnitt dieses Artikels ist im AK diskutiert worden, aber nicht alle Genossen konnten sich der Kritik anschließen. Deshalb wurde mir das Mandat erteilt, die Kritik zusammenzufassen. Weiter werde ich im AK methodologische Alternativen anbieten in Verbindung mit Ansätzen zu einer Strategiediskussion, um zu einer verbindlicheren Arbeitsteilung als bisher zu kommen-.

Die Geschichte des AK Stadt ist eigentlich eine Geschichte von Vorbesprechungen. Die Zahl der Teilnhmer schwankte ständig, über eine Art Rahmenprogramm konnte Einigung erzielt werden, über das Maß an Verbindlichkeit dazu nicht.
Die beiden Komplexe, über die es gilt, ein gemeinsames theoretisches Vorverständnis zu erlangen, sind

1. die Analyse der sozialpsychologischen Situation der Menschen in den großen Städten unter Aufweis möglicher Entwicklungstendenzen
2. Die politisch - ökonomische Analyse der Ballungsräume.

Einen, wenn auch vorerst begrenzten theoretischen Konsensus zu erlangen, halte ich für unabdingbar, um effektiv in die politische Praxis einzutreten, konkrete Projekte aufzunehmen, konkrete Widersprüche aufzuzeigen und diese mit Aktionen oder anderen taktischen Mitteln weiterzutreiben.

Den umgekehrten Weg, nämlich über ein konkretes Projekt die Problematik der Städte zu entfalten, indem man offensichtliche Widersprüche aufzeigt und von diesen praktischen Interessen her allgemeinverständliche Kampagnen einleitet, um dadurch ein Bild vom Funktionieren der spätkapitalist. Städte zu erhalten, schlug der Arbeitskreis "Weißer Kreis" ein. Durch die offizielle Politik wurde uns für die nächsten zwei Jahre ein wenig der Wind aus den Segeln genommen, denn die härtesten Auswirkungen der Weißen Kreise wurden für Hamburg und München verschoben bis in die Mitte der nächsten Legislaturperiode.
(Anm. der Red.: Inwiefern wurden bei dieser Schlußfolgerung die Erfahrungen der Basisgruppe "Märkisches Viertel" in Berlin mit einbezogen ?)

Sicher werden sich beide methodischen Ansätze immer wieder durchdringen müssen, jedoch erscheint mir im Augenblick wichtiger, das bestehende Unbehagen mithilfe sozialpsychol. und politökonomischer Grundlagen auf eine höhere Stufe des gruppeninternen Problembewußtseins zu heben.

Stammtischgespräche - Gegenstände der bisherigen Diskussionen

Im Herbst 68 wurde zunächst ein theoretisches Konzept entwickelt, das in Partisan Nr. 2 abgedruckt ist, und ein programmatisches paper für die Regionalkonferenz Nord im Herbst. Entsprechend der Kritik am Funktionalismus in Architektur und Städteplanung - ed. suhrkamp 243 + 201, Marcuses "Eindimensionaler Mensch" - kamen wir sehr bald darauf, daß es unsere Aufgabe sein müßte, die wechselseitigen Bedingtheiten von gebauten und

gesellschaftlichen Strukturen aufzudecken , d.h. durch eine Kritik der öffentlichen Institutionen Möglichkeiten für grundsätzliche Veränderungen zu finden.
- dazu H. Bahrdt "Die moderne Großstadt" und J. Habermas "Strukturwandel der Öffentlichkeit". -
Der einzige Sektor, in dem Transformationschancen für die erstarrte spätkapi - talistische Gesellschaft liegen, scheint der kulturpolitische Raum zu sein.
Für unsere Arbeitsgruppe kann das heißen, ,einer sozialistischen Gesellschaft adäquate Lebens - und Wohnformen zu finden.
Unser erster Schritt mußte sein, die bürgerliche Arbeitsteilung zwischen Architekten und Soziologen aufzulösen. Diese beiden Gruppen müssen zu einem gemeinsamen Problembewußtsein gelangen - erst dann können praktische Forderungen artikuliert und Agitation betrieben werden.
Unsere Gruppe steckt noch immer in dieser ersten Phase, und die einzige Chance voranzuschreiten, sehe ich im Augenblick darin, zu einer Seminarpraxis mit Terminkalender überzugehen.

Konkrete Probleme , mit denen wir uns bisher beschäftigt haben, sind

- der Bau einer Mittelschule in Stade , in Diskussion mit einem linken Abgeordneten aus dem Kreistag
- Probleme der Mieter - Diskussion mit einem Vertreter eines Mietervereins in Wilhelmsburg
- Bericht eines Architekten über die Planung für das Kongreßzentrum am Dammtor - bahnhof. Dabei hörten wir sehr aufschlußreiche Fakten über das Zusammenspiel und die Manipulaitonen zwischen Baubehörde, Neuer Heimat und dem Hilton - Konzern - ein Paradebespiel für die Verfälschung oder völlige Entstellung eines diskutablen städtebaulichen Konzepts.
- wir versuchten, qua Buchbesprechungen Klarheit über einige soziologische und soziOpsych. Grundprobleme der städtischen Agglomeration zu gewinnen.
- eine Stellungnahme zum Spiegel - Titel "Zukunft verbaut" (Sp. 9/69) wurde erarbeitet.
- mit der abgespaltenen Gruppe begannen wir, die Kampagne gegen die " Weissen Kreise " vorzubereiten.

Mit dieser Aufzählung wären in etwa die Inhalte unserer Diskussionen angedeutet. Die Kontakt-Arbeit zur Öffentlichkeit beschränkte sich also bisher auf wenige Personen aus den zuständigen Institutionen, die von uns aufgerissenen Probleme und Fragen in ihren jeweiligen Arbeitsbereich weitergetragen haben.
Eine unserer zukünftigen Aufgaben wird es sein, Wege zu finden, systematisch unsere Argumente in städtebaulich relevante Institutionen hineinzutragen. Dazu gehört die Installierung der Zusammenarbeit mit kritischen Architektur-und Ingenieurschulstudenten und auf lange sicht entwicklungsfähige Modellvorstellungen für ein interdisziplinäres Städtebauinstitut.
Konkrete Ansatzpunkte ergeben sich in folgenden Bereichen
o in den nächsten zwei Jahren die Reaktivierung der Kampagne gegen die Weißen Kreise; das bedeutet gleichzeitig eine Kampagne gegen die Organisationen der Grundeigentümer.
o Kampagne gegen den sogen. "sozialen Wohnungsbau" , bes. gegen die "Neue Heimat.
o Verkehrsprobleme im Zusammenhang des Funktionalismus in Architektur und Städtebau
o Das Berufsbild des Architekten
o Die Lage der Bauarbeiter
und viele städtebaulich relevante Schweinereien mehr.

Anmerkung zum AK Stadt und Weißer Kreis : Der vorliegende Artikel wurde von der Redaktion gekürzt. Einmal weil er erheblich umfangreicher als in der jetzigen Form war, und zum andern zu dem Zweck, einige uns problematisch erscheinende Aspekte schärfer herauszustellen. Dazu soll in der nächsten Ausgabe der APO-PRESS eine Kritik erscheinen.

TERMINE - UNI UND RC

Montag : 20.00 AK Schule - SLB im RC
18.30 AK Stadt vierzehntägig im RC

Dienstag: 20.00 AK Emanzipation im RC
20.30 AK Krankenschwestern

Mittwoch: 18.15 Psychologen-AG Positivismuskritik im RC
18.30 AK Justiz
20.00 Mittwochsgespräch im RC
20.00 Funktion der Vorlesung Phil-Turm 242
20.00 AK Sexualität und Herrschaft - RC oder Schlüterstraße -s. Anschlag im RC
20.00 vierzehntägig Redaktionssitzung APO-PRESS im RC

Donnerstag: 18.00 USB im RC
15.00 Anglistik - Interdisziplinäre ARbeitsgruppe"Ideologiekritik der literaturwiss. Methoden Phil-Turm 473

Freitag : 18.00 Sozia listischer Bund
20.30 Kinderläden
beides im RC
18.00 oder 20.oo nach Anschlag- vierzenhtäg. Redaktionskonferenz der APO-PRESS im RC

Englische und amerikanische POP-MUSIC - Termin siehe Phil-Turm, I.Stock am schwarzen Brett

Freitag : 11.00 Basisgruppe Kritisches Strafrecht im Rechtshaus
nächster Termin : Sittlichkeitsdelikte - evtl. Zusammenarbeit mit Medizinern -

Sonnabend: 15.00 Jour Fix der Lehrlinge im Zentrum, Von MellePark 17

Sonntag : 15.00 Jour Fix der Schüler im Zentrum

Die ganze Woche über ist das VK-Büro Große Bleiche 23 ,ab Mitte des Monats Rondeel 29, von morgens bis abends geöffnet zu Diskussionen, Beratungen und Organisierung.

- wir bitten um Ergänzung der Termin-Liste -

PROVISORISCHES "BLAU-KREUZ" - ZENTRUM IM ASTA DER UNIVERSITÄT

Für die nächsten Demonstrationen wird im ASTA eine zentrale Stelle für ERSTE HILFE von Verletzungen eingerichtet. Es ist geplant, einen ständigen Raum dafür einzusetzen .

ZUR ARBEIT DES SOZIALISTISCHEN LEHRERBUNDES HAMBURG (SLB)

Zur Gründungsversammlung des SLB am 28. April 1969 im RC erschienen etwa 200 Schüler, Studenten und Lehrer. Die Vertreter, die die Schulbehörde, die SPD, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer (AsL) und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) geschickt hatten, versuchten durch formalistische Kniffe die Versammlung zu boykottieren. Diese etablierten Institutionen haben richtig erkannt, daß sozialistische Lehrer und Schüler oft gezwungen sind, gegen sie zu arbeiten. Andererseits erhofft der SLB eine Zusammenarbeit gerade mit den GEW Mitgliedern, die von dieser Gewerkschaft aus vielen Gründen enttäuscht sind.
Die innerhalb des SLB geplanten Projektgruppen stehen im folgenden Zusammenhang:

- Die Projektgruppe Schule und Wirtschaft wird die Einflüße der Wirtschaft und ihrer Interessenverbände, wie BDA, BDI, DIHT, Handelskammer Hamburg, auf die Schule, auf den Lehrstoff und die Unterrichtsorganisation untersuchen. Für die Berufsschule und das 9. Volksschuljahr ist diese Einfluß relativ leicht einsichtig zu machen: hier werden Arbeitstugenden wie Fleiß, Ordentlichkeit, Pünktlichkeit, eingeübt, die später, wenn aus den Schülern Produzenten und Lohnabhängige geworden sind, verlangt werden. Die Zitate am Schluß zeigen, in welcher Weise die Schulbehörde sich in den Dienst von Industriebetrieben stellt! Auch in anderen Bereichen erfüllt die Schule ähnliche Aufgaben: Training von sinnlosen Tätigkeiten (Latein oder Religionsunterricht) und entfremdeter Arbeit (Schüler lernen nur für Zensur und Zeugnis, das soziale Chancen einräumt; später arbeitet man nur für den Lohn).
- Die Projektgruppen Curriculum und Gesamtschule sind stark aufeinander bezogen. Die erstere wird Lehrpläne und Schulbücher "ausmisten" und Gegenmodelle entwickeln, in denen Lernmotivationen, die in der heutigen Schule völlig zurücktreten, aus den Bedürfnissen der Schüler und Lehrer selbst erwachsen. Die Gesamtschule in ihrer jetzigen Form (auch die integrierte Gesamtschule) scheint nur wenig zur Emanzipation von Lehrern und Schülern beizutragen und keine wirkliche systemverändernde Aufgabe innerhalb unseres veralteten Schulsystems zu erfüllen, solange Lehrinhalte (Curriculum) Lehrerausbildung und Unterrichtsmethoden nicht radikal geändert sind.

Bisher scheinen die Gesamtschulprojekte geplant zu sein, um die Effektivität des Schulsystems zu steigern und damit lediglich die Anpassung an die veränderten Produktionsverhältnisse der Wirtschaft der BRD zu vollziehen. In der Wirtschaft macht sich ein Mangel an technischen Spezialisten bemerkbar; unter anderem verhindert die Mauer in Berlin das weitere Abwandern von hochqualifizierten Arbeitern aus der DDR in die BRD. Auch durch den relativ niedrigen "Ausstoß" von Abiturienten (6 - 7% des entsprechenden Jahrgangs) und den dadurch bedingten Mangel an Führungskräften und Wissenschaftlern verloren die westdeutschen Monopole ihre Konkurrenzfähigkeit (u.a. mußten Patente aus dem Ausland gekauft werden). Diese Interessen veranlaßten die Suche nach den Begabungsreserven in den unterpriviligierten Bevölkerungsklassen und Schichten. Das "katholische Landarbeitermädel", das, stellvertretend für alle Unterpriviligierten der BRD, ganz besonders von der Ausbildungskatastrophe betroffen ist, sollte durch die Gesamtschule zum Abitur gebracht werden.
Die Effizienzerhöhung des Schulsystems ist nur durch eine gleichzeitige Steigerung des Leistungsdruckes möglich, d.h. in der Gesamtschule wird das Leistungssystem lediglich durchschaubar gemacht und von aller irrationalen Subjektivität und Ungerechtigkeit, die den Zensuren noch heute anhaftet, befreit. Mit Hilfe von Tests können Leistungen noch strenger eingefordert werden; die an sie gebundenen Zensuren und Berechtigungsscheine integrieren den Schüler vollkommen in den Lehrstoff.
Die Projektgruppe Gesamtschule sollte diese Zusammenhänge auch innerhalb des Hamburgerschulwesens nachweisen, da die Gesamtschulwelle auch hier hereinzuschwappen beginnt. Vor allem aber muß gezeigt werden, auf welcher Weise "aufgeschlossene" Lehrer, die an Gesamtschulprojekten mitarbeiten, ausgenutzt werden und das insgesamt

autoritäre, reaktionäre und menschenmißachtende Schulsystem stabilisieren. (Vielleicht gehört auch der in Sachen Gesamtschule fleißig herumreisende Hamburger Landesschulrat Neckel zu diesen Einfältigen.)

- Herrschaftsstrukturen in der Schule dienen der Erhaltung des heutigen Schulsystems. Schüler und Lehrer besitzen die untersten Ränge der Hierarchie. Der Lehrer ist nur insoweit innerhalb des Systems bevorzugt, als er den auf ihn ausgeübten Druck nach "unten" an die Schüler weitergeben kann. Für diese Unterdrückung, durch die er für die Schüler eine Art von Herrschaft aufrechterhält, steht ihm ein volles Arsenal von Diziplinierungsmitteln zur Verfügung: Zensuren, Zeugnisse, Klassenarbeiten, Hausaufgaben, Abfragen, Sitzenlassen, Drohen, Schulverweis, Lächerlichmachen, Blamieren (Vgl. dazu das Papier "Kritische Schule" mit Untersuchungen zur Schulstrafe und Zensurenwesen.). Von dieser Herrschaft abgesehen, sind Lehrer mindestens so "arme Schweine" wie die Schüler, da sie auf Grund ihrer Vor- und Ausbildung, ihrer Stellung als "verbeamteter Hofhund an der Kette des Beamtenstatus" zwischen Vorschriften, Stoffplänen, Vorgesetzten und den Anforderungen des Unterrichtes eingezwängt und seelisch deformiert sind. - So stellt sich für diese Projektgruppe unter anderem die Frage, wie ein Lehrer überhaupt als Sozialist in der heutigen Schule aktiv werden kann, d.h. auf radikale Änderungen hinarbeiten kann. Die Diskussion zielt dann auf die Frage: wenn ein Lehrer auf die angeführten Unterdrückungsmittel verzichtet, was für einen sozialistischen Lehrer eine Selbstverständlichkeit sein sollte, - kann er dann überhaupt noch unterrichten?

In der Ausbildung der Hamburger Lehrer ergeben sich Parallelen zum Problem Gesamtschule. Einerseits gibt sich Hamburg den Anschein einer sehr fortschrittlichen Ausbildung der Referendare, wenn hier Volks- , Real-, Berufs-und Oberschullehrer im selben Seminar ausgebildet werden. Aber diese Vereinheitlichung ist nur ganz oberflächlich;sie ereignet sich eben nur im gleichen Gebäude. Für den angehenden Gymnasiallehrer hat sich die Ausbildung kaum geändert. Als Folge der Repression , der Referendare ausgesetzt sind, und der materiellen Ausbeutung durch die Schulbehörde, sind am Studienseminar schon Formen der Selbstorganisation entwickelt worden(vgl. APO-Press 5-1969 über Demonstrationen gegen die Schulbehörde), die innerhalb des SLB weitergeführt werden.

Aus den Herrschaftsstrukturen innerhalb der Schule und der existentiellen Abhängigkeit des Lehrers ergibt sich die Folge, die Zusammenarbeit zwischen Schülern und Lehrern subversiv zu treiben. Über die zu praktizierenden Formen der Zusammenarbeit sollte in kleinen Kadern unter Vertrauten diskutiert werden. In diesen Zusammenhang fügt sich die Projektgruppe Strategie des revolutionären Kampfes an der Schule , die eng mit dem AUSS zusammenarbeiten wird , wie überhaupt der gesamte Ausbildungssektor als Fernziel die Koordination der Arbeit von Studenten , Lehrlingen, Lehrern und Schülern in Hamburg anstreben sollte.

<u>Nachtrag</u>:Spitzenverbände der Wirtschaft zum Berufsausbildungsgutachten des "deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen":"Den erheblichen materiellen und ideellen Aufwand für die betriebliche Ausbildung leistet die Wirtschaft zur Sicherung ihres Nachwuchses und damit letzten Endes zur Sicherung ihrer Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit; das ist eine legitime Rechtfertigung in der betrieblichen Berufsausbildung...Mit der Vermittlung der Grundlagen für die spätere berufliche Tätigkeit und mit ihrer Festigung zu beruflichem Können verbindet sich die bewußte Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt, das Erleben sozialer Beziehungen und Verhaltensweisen , die Erziehung zum Mitdenken und Mitverantw orten.!

Die Hamburger Schulbehörde gibt folgende Hinweise für die Betriebspraktikanten des 9. Schuljahres : " 2. selbstverständlich ist , daß du dich höflich und ordentlich verhälst, pünktlich bist, deine Arbeiten sorgfältig ausführst, klar Auskunft und Antwort gibst!3. ...Frage aber nicht aufdringlich; bedenke, daß vielleicht die eine oder andere Frage oder Sache nicht beantwortet b.z.w. ausgehändigt werden darf (Betriebsgeheimnisse, Patentschutz, Werkstück usw.)

5. Aus der Einteilung des Tagebuches : " Ich stelle mich vor; vom Aufbau des Betriebes; Menschen, die mir begegnet sind; ihre Ansichten von Arbeit und Beruf; von der Fachsprache. " (Zitat nach Willi Voelmy, die Hinführung der Schüler zur Berufs- und Arbeitswelt in der Volksschuloberstufe, Frankfurt 1965, S. 212)

INFORMATIONEN ZUM ANGEK. PSYCHOLOGIE-KONGRESS / HANNOVER

Auf dem Kongress vom 15. bis 19. Mai sollen folgende wissenschaftliche Problembereiche und Organisationsfragen behandelt werden :

" Psychologie - Wissenschaft zwischen kapitalistischen Verwertungsinteressen und emanzipatorischen Bedürfnissen "

Das Theorie - Praxis - Verhältnis in der Psychologie :
1. Der wissenschaftsinterne Theorie - Praxis - Bezug (" Theorie und Experiment ")
2. Die Beziehung von wissenschaftlichem Studium und Berufspraxis
3. Wissenschaftliche Psychologie und politische Praxis

In der akademischen Psychologie verdrängte und eliminierte Ansätze und Problembereiche :
1. Analytische Psychologie (Freud, Reich, Bernfeld, Marcuse, Caruso)
2. Sexualität (Sexualität und Herrschaft, Sexualität und Emanzipation, Kommune - Problematik)
3. Spontaneität (Intelligenz contra Kreativität, Motivation zu politischem Handeln und zur Selbstorganisation, Klassenbewußtsein, Spiel)

In der akademischen Psychologie verkürzte und entstellte Forschungsbereiche und Problemstellungen :
1. Steuerungstechniken in der Produktionssphäre (" Arbeits - und Betriebspsychologie ")
2. Steuerungstechniken in der Konsumptionssphäre (" Werbepsychologie " und Motivforschung)
3. Bewußtseinmanipulation (sog. " Wählleruntersuchungen ", Meinungsumfragen, Massenmedien, Leitbilderuntersuchungen)
4. Kritik an dem, was gegenwärtig " Politische Psychologie " heißt, und am offiziellen Begriff der politischen Bildung
5. Instrumente klassenspezifischer Selektionen ("Psychologie Diagnostik " und gutachterliche Berufspraxis)

Themen, die behandelt werden müssen unabhängig davon, ob sie in dieses ad-hoc -Schema passen :
Psychische Verelendung der Studenten und Hochschulpsychatrie
Nicht-repressive Erziehung (" Kinderläden ")
" Forensische Psychologie " : repressive Strukturen des Strafprozesses und der Strafprozessordnung, vorurteilshafte Rechtsauslegumg, Resozialisierung politischer Häftlinge

Praktisch-organisatorische Themen, die dringend der strategischen Diskussion bedürfen :
Demokratisierung der Institute (Institutsverfassungen, studentische Freiräume etc.)
Syndikalisierung bereits praktizierender Psychologen (Gegen-Berufsverband)
Projektierte Organisation der Psychologiestudenten (vergl. VDS-Strukturmodell)

Zur Diskussion gestellt werden sollten darüber hinaus alle von Psychologen im Rahmen politischer Kampagnen der Studentenschaft (Springer, Justiz, Zeugnis etc.) oder in Hinblick auf die Basisarbeit (Betrieb, Wohngebiet, Stadtsanierung etc.) angefertigte Arbeiten .

Dieser Programmvorschlag sollte nur als vorläufiger angesehen werden; es wird erwartet, daß möglichst viele studentische Gruppen und Arbeitskollektive Ergebnisse vorlegen, Diskussionsbeiträge liefern und Situationsberichte geben. Einer Plenumsdiskussion aller Teilnehmer zu Beginn des Kongresses wird es vorbehalten bleiben, neben den Arbeitsformen des Kongresses seine endgültige inhaltliche Richtung zu bestimmen.

Anmeldungen : Psychologisches Seminar der TU-Hannover, 3 H., Wunstorferstr. 14
tel : 0511 / 762 - 6520

WISSENSCHAFTLICHE EINRICHTUNGEN IN HAMBURG, DIE GANZ ODER TEILWEISE VOM BUNDESVERTEIDIGUNGSMINISTERIUM FINANZIERT WERDEN

In seiner letzten Ausgabe hat APO-Press detaillierte Angaben über die Fraunhofer Gesellschaft veröffentlicht, jene Institution, die militärische Auftragsforschung in eigenen Instituten betreibt oder an die Universitäten weitervermittelt. Nunmehr legt APO-Press eine erste Übersicht über wissenschaftliche Einrichtungen in Hamburg vor, die mit Sicherheit Destruktionsforschung betreiben.

1)Bernhard-Nocht-Institut für Schiffs-und Tropenkrankheiten

Aufgaben:Forschung auf den Gebieten Tropenmedizin, medizinische Parasitologie, Mikrobiologie

Rechtsträger: Freie und Hansestadt Hamburg, Gesundheitsbehörde

Beteiligte Geldgeber: Verteidigungsministerium, Länder gem. Königsteiner Abkommen von 1949, Gesundheitsbehörde Hamburg, Verein der Freunde des Tropeninstitutes, World Health Organization

Ausgaben 1962 bis 1964 in 1000 DM:

Ausgaben	1962	1964	1963
fortdauernde Ausgaben	2579	2994	2642
einmalige Ausgaben	418	1828	720
insgesamt	2997	4822	3362

Personal im Jahr 1963:wissenschaftliches Personal 25, hauptberufliches Personal insgesamt 145

2) Institut für Radiometeorologie und maritime Meteorologie an der Universität Hamburg, Institut der Fraunhofer Gesellschaft

Gründungsjahr: 1963

Aufgabe: Militärisch verwertete Erforschung der elektromagnetischen Wellenausbreitung in der Atmosphäre, sonstige militärisch orientierte maritime Meteorologie

Rechtsträger:Fraunhofer Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. München

Alleiniger Geldgeber: Verteidigungsministerium

Ausgaben: 1963 = 866000 DM, davon 604000 DM fortlaufende und 262000 DM einmalige ; 1964 = 1, 165 Millionen DM, davon 789000 DM fortdauernde, 376000 DM einmalge

Personal: (1963) = sieben hauptberufliche Wissenschaftler, dreizehn vorübergehende Wissenschaftler (Assistenten, Diplomanden), haupt-und nebenberufliches Personal insgesamt = 44

3) Hamburger Schiffbau-Versuchsanstalt

Gründung: 1913

Aufgaben: Widerstands- und Propulsionsuntersuchungen von systematisch abgewandelten Schiffsformen im glatten Wasser und bei Seegang. Theoretische und experimentelle Untersuchung von Propellern. Kavitationsforschung. Untersuchung der Wechselwirkung zwischen Schiff und Propeller. Untersuchung der Kursstabilität und der Manövriereigenschaften von Schiffen. Statistische Auswertung von Schiffstypen für Widerstands- und Antriebsberechnungen und Wahl optimaler Formparameter. Betriebsmessungen auf Schiffen

Rechtsträger: Hamburgische Schiffsbauversuchsanstalt GmbH

Beteiligte Geldgeber: Verteidigungsministerium, Bundes verkehrsministerium, Behörde für Wirtschaft und Verkehr Hamburg, Niedersächsischer Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Gesellschaft der Freunde und Förderer der Hamburgischen Schiffbauversuchsanstalt

Ausgaben:	1962	1963
fortlaufende Ausgaben	1966 DM	1862 DM
einmalige Ausgaben	734 DM	434 DM
insgesamt	2400 DM	2296 DM

. Personal 1963: 21 Wissenschaftler, Personal insgesamt = 107

4) Institut für Meereskunde der Universität Hamburg

Ausgaben , Personal und Finanzierung noch nicht ermittelt. Das Institut war

auf der "Oceanology International '69" in Brighton/England mit einer Telemetrieanlage vertreten, die seitens der Bundeswehr großes Interesse geweckt haben soll.

APO-Press bittet um Informationen, die der Vervollständigung dieser Liste dienen. Es hat den Anschein, als ob die genannten vier Institute nur die Spitze eines massiven Eisbergs bilden.

DEN KAMPF AUF HÖHERER STUFE FORTSETZEN! - Zur Hochschulstrategie nach dem Inkrafttreten des Universitätsgesetzes

Mit dem Inkrafttreten des Hochschulgesetzes erhält auch die Universität Hamburg ihre, in Übereinstimmung mit dem breit angelegten Formierungsprozeß des autoritären Staates stehende Notstandsverfassung.
Nachdem die radikale Studentenbewegung in der BRD sich aus der bloß antiautoritären Revolte zu einer das herrschende System ernsthaft gefährdenden Bewegung zu entwickeln beginnt, indem die Studenten die außeruniversitären politischen Konflikte in die Universität hineintrugen, sich ihr zunehmend verweigerten, die Wissenschaft ansatzweise aus ihren kapitalistischen Verwertungszusammenhängen desintegrierten und durch Instituts-Befreiungen (Psychologisches Institut) Wissenschaft zum Element revolutionär-emanzipativer Praxis machten, schien den Herrschenden das letzte Signal gekommen, eine weitgefächerte Unterdrückungs- und Gleichschaltungsstrategie zu entfalten.
In einem Moment, wo brutaler Polizeieinsatz zunehmend nicht zum gewünschten Erfolg führt und nachgeschaltete Liquididationsversuche über die abhängige dritte Gewalt, sowie praktizierte Vorbeugehaft gegen Demonstranten die Kiesinger, Ruhnau und Pawliks an ihrer eigenen "Rädelsführertheorie" zweifeln läßt, stellt das Hamburger Hochschulgesetz den vorläufigen Höhepunkt in dem gewaltsamen Versuch dar, an der Universität die Friedhofsruhe zu erzwingen.
Das Hochschulgesetz soll zweierlei Intentionen verwirklichen: Zum einen soll die oppositionelle Bewegung, deren gegenwärtige Phase durch das Entstehen neuer Praxisbereiche (Schule, Betrieb, Bundeswehr) gekennzeichnet ist, an ihrer eigentlichen Basis Universität gefesselt werden, um dort isoliert und parzelliert leichter zerschlagen zu werden. Die herrschenden Ordnungsparteien können es sich nicht länger leisten, daß die Universitäten ständige Herde der Unruhe bleiben, von wo aus verstärkt die Massen in anderen Bereichen das Bewußtsein ihrer eigenen Existenz erhalten.
Zum anderen aber stellt das Gesetz die juristische Absicherung der endgültig verlangten Transformierung der Universität in einen an kapitalistischen Verwertungsinteressen orientierten Zulieferbetrieb für funktionable Fachintelligenz und wissenschaftliche Erkenntnisse dar. Das wird uns zwingen, den in den vergangenen Semestern mehr schlagworthaft eingeführten Begriff der "Technokratischen Hochschulreform" genauer zu thematisieren und zum eigentlichen Gegenstand unseres universitären Kampfes zu machen. Denn es kann uns an der Universität nicht darum gehen, Freiräume zu schaffen, in denen wir in der temporär angelegten Betreibung von "kritischer Wissenschaft" die Kompensation für irrationale und die individuell-emanzipatorischen Bedürfnisse verleugnenden Leistungszwänge des Spätkapitalismus suchen. Es hieße sich die Strategie der Herrschenden aufzwingen lassen, würden wir die Universität nur zur Übergangsperiode der "linken Kultur" machen; vielmehr geht es um die Umfunktionierung der Wissenschaft zugunsten der Stabilisierung und Organisation des Widerstandes gegen das System, der seinen eigentlichen Kampfplatz nach wie vor außerhalb der Universität hat. Das wiederum heißt, daß wir den mobilisierten Studenten schon während ihrer wissenschaftlichen Arbeit an der Universität die Perspektiven einer permanenten politischen Praxis eröffnen, von revolutionärer Berufspraxis nicht

nur reden, sondern sie auch zu realisieren beginnen.
Das dies nach der Verabschiedung des Hochschulgesetzes unter veränderten Bedingungen vonstatten gehen wird, dürfte klar sein. Während die Verwirklichung des Grundrechts auf Bildung an der Universität bisher noch vom freien Arbeitsmarkt insofern abgehoben war, daß wir nicht dem brutalen Abhängigkeitsverhältnis Arbeitnehmer/Arbeitgeber ausgeliefert waren, so bedeutet das Hochschulgesetz (neben den parallelen Disziplinierungsmaßnahmen in Schule und Betrieb) die schlagartige Proletarisierung des gesamten Ausbildungssektors. Von nun an wird über numerus clausus, Zwischenprüfung, Studienzeitbegrenzung, Zwangsexmatrikulation etc. die jeweils vom Kapital geforderte Hineinnahme bzw. Ausschließung von Studenten und die damit vollzogene Konstruktion der Universität nach dem Grundkriterium des Kapitalismus, nämlich des geringstmöglichen in-put und des höchstmöglichen out-put, legalisiert.
Der letzte Schein von Autonomie, mit dem sich die Ordinarien so gern zur Verschleierung ihrer Herrschaft zu schmücken pflegten (und die sich jetzt von ihrer eigen Blindheit geschlagen sehen), ist offen zugunsten einer allzu hastig betriebenen Verstaatlichung der Universität und der damit verbundenen Destruktion der emanzipativen Elemente von Wissenschaft fallen gelassen worden.
Den Studenten, die in ihrem jahrelangen Kampf um demokratische Partizipation an den universitären Entscheidungen die letzte und einzige Möglichkeit im aktiven Widerstand ergriffen, sollen in Gremien, die keine Entscheidungen mehr zu fällen haben, weil heteronomem, d.h. staatsadministrativen Zwängen ausgeliefert, Scheinmitbestimmung spielen, um dort, vereinzelt, zu Reformismus und Handwerkelei am bürgerlichen Studium verführt zu werden. Eines muß auch den gegenwärtig tätigen temporären Vertretern der Studentenschaft radikal ins Bewußtsein gehoben werden, daß nämlich die sozialistische Studentenpolitik nicht die Reform des bürgerlichen Studiums zum Zielpunkt haben kann (und insofern nicht die Rangelei um Paritäten und Öffentlichkeit in inkompetenten Gremien der sogen. akademischen "Selbst"verwaltung), sondern Wissenschaft in den Dienst des gesamten gesellschaftlichen Kampfes gegen kapitalistische und irrationale Zwänge zu stellen hat. Wenn manche meinen, man könne der Studentschaft mit solchen Perspektiven nicht kommen, so hat die letzte Vollversammlung das Gegenteil bewiesen.
Die Taktik des Senats muß durchschaut werden, der die studentische Strategie der Basisgruppenarbeit isolieren will, indem er über Halbparitäten in den Studienreformausschüssen und "Experimentierklauseln" in den Instituts- und Fachbereichsräten den Konflikt zwischen Studente und Professorenschaft, die nach all dem nicht mehr das eigentliche Angriffsobjekt darstellen kann, erneut zu provozieren beabsichtigt, um damit die Legitimation für fortschreitende Verstaatlichung zu erhalten.

Um den staatlichen Eingriff abzusichern und zugleich jegliches oppositionelle politische Engagement daran zu hindern, sich praktisch zu artikulieren, wird der Justizterror in die Universität hineingetragen: der polizeistaatliche Hebel der Notstandsuniversität ist das Ordnungsrecht, über das das Machtkartell glaubt, sich der lästigen Minderheit entledigen zu können.
Die Hamburger Studentenschaft wird zunächst folgende konkrete Gegenstrategie zu realisieren haben, die die Fortsetzung des Widerstandes auf der Ebene der bezeichneten neuen Qualität bedeuten und in erster Linie die Verwirklichung des Hochschulgesetzes zu verhindern haben:

1. Die Hamburger Studenten werden den im letzten Semester vorangetriebenen Kampf um eine selbstbestimmte Universität fortsetzen und durch, der verschärften staatlichen Gleichschaltung adäquaten, Widerstandsaktionen konkretisieren. Dabei wird sowohl der Kampf um die Selbstorganisation des Wissenschaftsbetriebes an der Basis der einzelnen Institute (Institutsbefreiungen), als auch der direkte, breit angelegte Widerstand gegen die Verwirklichung des Hochschulgesetzes auf allen Ebenen im Mittelpunkt stehen.
2. Die Schulbehörde als die zentrale Umsetzungsinstanz staatlicher und kapitalistischer Profitinteressen in der Universität wird auch das zentrale Objekt von konkreten Widerstandsaktionen der Studenten sein.

3. Die Studentenschaft wird die Inthronisation des vom Hochschulgesetz vorgesehenen, von den herrschenden Parteien als letzte Instanz eingesetzten und mit diktatorischen Befugnissen ausgestatteten Universitätspräsidenten nicht hinnehmen und wird bei einer eventuellen Amtsübernahme den Einzug des Diktators in seine Kommandozentrale verhindern.

4. In Anbetracht der tatsächlichen Inkompetenz der Gremien in der sogen. akadem. Selbstverwaltung, d.h. ihre Abhängigkeit von letztinstanzlicher Weisungsbefugnis der Behörde, wird unser Kampf um eine selbstbestimmte Universität sich nicht im Kampf um Paritäten totlaufen. Gegen den staatlichen Versuch, in diesen Gremien eine von der studentischen Basis isolierte und unkontrollierte studentische Funktionärsschicht heranzubilden, werden wir studentische Vertreter nur in Vollversammlungen wählen und mit imperativem Mandat ausstatten. Beim Zusammentritt universitärer Gremien werden wir, sofern wir ihn überhaupt zulassen, deren generelle Öffentlichkeit erzwingen.

5. Jeder Versuch, die staatliche Gewalt in der Universität über Ordnungsmaßnahmen, insbesondere Relegationen, herzustellen, wird mit massenhaftem solidarischem Widerstand beantwortet werden und die Rädelsführertheorie ad absurdum führen. Der geplante Ordnungsausschuß wird von studentischen Delegierten besetzt werden, um der studentischen Öffentlichkeit den jeweiligen Tagungsort mitzuteilen. Wir werden dann den Zusammentritt dieses Gremiums mit studentischer Macht zu verhindern wissen. Professoren, die einen störungsfreien Verlauf ihrer Veranstaltungen, sowie ihrer Amtsgeschäfte wünschen, werden sich unter dem Druck der Studenten dazu äußern müssen, ob sie als Denunzianten für Disziplinarmaßnahmen tätig sein wollen oder nicht.
Relegierte Studenten werden von uns massenhaft in ihre Seminare begleitet werden; wir werden dort eine Klärung ihres Status, sowie Scheine für ihre weitere Mitarbeit erzwingen.

Dieser Widerstand wird der herrschenden Machtclique deutlich machen, daß die politischen Studenten nicht mehr zu liquidieren sind und die disziplinierte Unterordnung aller Anstrengungen unter das Ziel, den Kapitalismus zu zertrümmern, zu organisieren beginnen.

1) Diese Maßnahmen wurden i.d. Resolution des S D S zur Vollversammlung am 3o. April mit großer Mehrheit beschlossen.

GOTTSLEBEN SITZT WIEDER

Der anläßlich der Phil-Turm-Besetzung von Richter Vogt in U-Haft genommene Berliner Student sitzt jetzt in Berlin. Ihm war in Hamburg Haftverschonung gewährt worden mit der Auflage zu seinen Eltern zurückzukehren, obwohl Gottsleben erklärt hatte, daß er nach Berlin zurückkehren müsse, um sein Studium fortzusetzen. Weil er dieser Forderung nicht nachkam, sitzt er jetzt wieder in U-Haft.

VERWALTUNGSANGESTELLTE DER INNENBEHÖRDE ALS HILFSPOPOS

Wegen des Mangels an jungen Polizeibeamten, die als Spitzel und Greiftrupps eingesetzt werden sollen, ist man bei der 1. Mai-Demonstration dazu übergegeangen, auch junge Verwaltungsangestellte der Innenbehörde als Schläger, Greifer und Provokateure einzusetzen. Laut Augenzeugenberichten gehen gerade sie mit ungewöhnlicher Härte und Brutalität vor; z.B. besteht ihre "Bewaffnung " aus Eisenketten.

Seit dem letzten Bundesdeligiertenkongress am 19/20 April in Stuttgart ist der VK integraler Bestandteil der Außerparlamentarischen Opposition, verstehte sich selbst als sozialistischer Kampfverband, d.h., als Trägerorganisation einer anti-militaristischen Offensivstrategie.
Die swar durchaus schon vor Stuttgart politisches Selbstverständnid der größten und aktivsten VK-Gruppen wie Frankfurt, Hamburg, München, Hannover, Mainz-Wiesbaden etc..
Es galt jedoch in Stuttgart die Organisation des Gesamtverbandes und die VK-Satzung den konkreten und objektiven Bedürfnissen einer wirkungsvollen Anti-Militarismusstrategie und ihren Trägergruppen anzupassen, und zwar gegen die Stimmen von dogmatischen Pazifisten und Satzungsfetischisten. Unsere Aufgabe in Stuttgart war es, die reaktionäre Restgruppe des Bundesvorstandes (die progressiven und sozialistischen Vorstandsmitglieder waren bereits vor dem Bundeskongreß zurückgetreten) von ihrem Thron zu stoßen, die hierarchische (vertikale) Organisationstruktur gegen eine horizontale auszutauschen, die Disziplinierungsinstrumente wie Schiedsgericht, Ausschlußverfahren, Suspendierungen, Kontensperrungen etc. zu zerschlagen, sowie die VK-Satzung von unsinnigen Präambeln und "guten Vorsätzen" zu entrümpeln, die auf dem Verordnungswege (Satzung und Schiedsgericht mit Ausschlußverfahren) politisches Selbstverständnis aller VK-Mitglieder für alle Zeiten verfügten, und über die Verhinderung einer permanenten politischen Diskussion die Mitglieder in einer Passivität hielten, die den Herrschenden genehm bleiben konnte.
Dieser Aufgabenkatalog, mit dem wir nach Stuttgart fuhren, wurde nicht zuletzt auch bestimmt durch die Versuche der reaktionären Vorstandsmitglieder, die Arbeit der Gruppe Frankfurt durch Suspendierung des Rates (der aktiven Mitglieder), Kontensperrung, Androhung von Ausschlußverfahren etc. zu behindern.
In Stutgart gelang es den progressiven Gruppen, die erforderliche 2/3 Mehrheit aller anwesenden Delegierten herzustellen und das "radikale Reformprogramm" durchzusetzen.
Rechtsstehende VKler riefen zwar zur Gründug eines neuen Verbandes ohne die "Bürgerkriegsfraktion" auf und lieferten damit der bürgerlichen Presse das Material für deren Spaltungsgeschwätz, hatten aber mit diesem Aufruf selbst in ihren eigenen Reihen keinen Erfolg: über 2/3 der in Stuttgart unterlegenen reaktionären und liberalen Delegierten sprachen sich für eine weitere Arbeit im Verband aus, wohl nicht zuletzt aus der Einsicht, daß ihnen unter ihren Mitgliedern jede entscheidende Basis fehlt.
Die Pfeiler der neuen Organisationstruktur sind die Projektszentralen wie Bundeswehr, Schulen, Universitäten, Lehrlinge, Ersatzdienstgruppen etc. und die Regionalzentralen (Hamburg=Nord, Hannover=Niedersachsen, Frankfurt=Mitte, Stuttgart=Baden-Württemberg, Köln=Rheinland und PFalz, München=Bayern). Diesen Zentralen obliegt die Organisation der verschiedenen Kampagnen in den Kasernen, Schulen, Berufsschulen sowie Aufrechterhaltung einer guten und schnellen Kommunikation.
Sämtliche Gruppen im VK arbeiten unabhängig und sind in jeder Hinsicht, auch finanziell, autonom. Der Bundesvorstand besteht aus einem Rat gleichberechtigter Mitglider (3 ständige Mitglieder, weitere Mitglieder kommen über die Projekt- und Regionalzentralen mit imperativem Mandat in den RAt).
Präambeln, die einnen gewaltlosen Kampf bisher prinzipiell verordneten, sowie sämtliche Möglichkeiten, mit deren Hilfe Mitglieder und Gruppen disziplinirrt werden konnten, sind ersatzlos gestrichen. Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt näher auf dieses, dem Wesen nach anti-autoritäres Organisationsprinzip eingehen, wenn entsprechende praktische E Ergebnissen unserer Arbeit vorliegen.
Wir versprechen uns von dieser Umstrukturierung des verbandes eine Effektivierung unserer Arbeit, eine Aktivierung der Mitglieder sowie die Möglichkeit, kurzfristig unsere Taktik den objektiven Bedingungen des Klassenkampfes anpassen zu können.
Konsequenz der direkten Organisierung unserer Bedürfnisse im Kampf gegen den Not-

standsapparat Bundeswehr zeigt, konkret für Hamburg, sich in der Gründung einer Großkommune mit angeschlossenem VK-Büro am Rondelteich 25.
(Die Adresse :Große Bleichen gilt noch etwa bis Mitte Mai, dann werden die Renovierungsarbeiten der neuen Räumlichkeiten abgeschlossen sein und die organisatorischen Vorausetzungen geschaffen sein für ein kollektives Arbeiten in der VK-Kommune)

POLITISIERUNGSTENDENZEN BEI HAMBURGER SCHÜLERN

Der Konflikt zwischen Schulbehörde und HSP/AUSS/USB hat sich weiter verschärft. Im Zuge weiterer Disziplinierungsmaßnahmen wurden dem HSP in der letzten Woche die Büro-Räume durch den Einbau neuer Schlösser gesperrt, außerdem erging ein Erlass, daß keine Information vom HSP an die Schüler weitergeleitet werden dürfen, schon verteilte Exemplare der Broschüre "Kritische Schule" müssen wieder eingezogen werden, Anrufe vom HSP für die Schulsprecher sind nicht weiter zu leiten. Lediglich von der Schulbehörde genehmigtes und vom jeweiligen Rektor zensiertes Material darf an den Schulen verteilt werden.
Auf diese Repressionen antwortete das HSP wie angekündigt mit einer Klage auf Anerkennung als Schülervertretung beim Verwaltungsgericht, jedoch liessen es die politisierten Schüler nicht bei diesem formalen Schritt bewenden:
- am letzten Freitag hielten AUSS/USB gemeinsam mit dem HSP an 23 Schulen Vollversammlungen ab, in denen Solidaritätsstreiks beschlossen wurden.

Auf dem gemeinsamen teach-in am selben Vormittag im Audi-Max bestätigten ca. 2000 Hamburger Schüler das HSP als ihr offizielles Vertretungsorgan. Der anschließende Demonstrationszug zur Schulbehörde war mit Sitzstreik und Resolutionsübergabe noch eindeutig geprägt vom Glauben an die Möglichkeit, etwas über den parlamentarischen Weg erreichen zu können. Da zum erstenMal eine Solidarisierung der Schüler auf breiterer Ebene stattfand, bewirkte der vollkommen inadäquate, brutale Polizeieinsatz eine Erschütterung diese Glaubens und hatte bei den meisten Schülern einen eindeutig politisierenden Effekt.
Jetzt wird es notwendig sein, die durch diese Einpunktbewegung mobilisierten Schüler von AUSS/USB und HSP in den Arbeitskreisen (z.B. Kritische Schule) und Basisgruppen aufzufangen. Zu diesem Zwecke findet am:

MONTAG, 5.5. 17 Uhr TEACH-IN im AUDI-MAX statt.

Die Forderungen sollen von Anerkennung des HSP auf allgemeine Presse- und Publikationsarbeit erweitert werden.
Für FREITAG und SAMSTAG ist ein erneuter AKTIVER STREIK geplant.

-Bis auf weiteres hat der ASTA der Uni dem HSP Platz in seinen Büroräumen eingeräumt, da die Schulbehörde das dafür vorgesehene Büro gesperrt hat.

Der am Anfang dieser Ausgabe erscheinende Artikel über die portugiesischen Kolonien ist einer Broschüre des sozialistischen Lehrlingszentrums, 2 Hamburg 13, Hochallee 21 mit dem Titel "PORTUGAL UND SEINE ÜBERSEEPROVINZEN UND SEINE BEZIEHUNGEN ZUR BRD" entnommen, die beim SLZ für DM 0,50 erhältlich ist.

Hiermit bestelle ich APO-PRESS zum halbjährlichen Abonnementspreis von DM 8.00 (vierteljährlich DM 5.00). Den Betrag überweise ich im voraus auf das Postscheckkonto Hamburg M. Deter, Nr.229332

Name Adresse